

28. VII. 1919

M

Kollektivvertrag mit den Steinbrucharbeitern in Mauthausen.

76. Berichterstatter **GR. Rudolf Müller**: Zahl 10502, Post 6. Hier handelt es sich um einen Anhang zum Kollektivvertrag mit den Arbeitern im Steinbruche in Mauthausen. Es war ein stadträtliches Komitee dort und hat mit der Arbeiterschaft verhandelt. Am 23. Februar 1919 ist der Vertrag abgeschlossen worden, der aber damals schon sehr niedrig war. Die Arbeiter konnten nach Konstatierung des Unternehmers selbst nur 53 bis 58 K pro Woche verdienen, so daß selbst Arbeitslose die Arbeit nicht übernehmen wollten. Es mußte daher auf Forderung der Arbeiter neuerdings verhandelt werden und es wurde vereinbart, daß zum Beispiel die Arbeiter eine Erhöhung um zirka 85 Prozent bekommen. Sie, meine Damen und Herren, haben den Nachtrag in der Hand und ich kann mich daher kurz fassen. Im Punkte 2 werden die 30 Prozent Teuerungszulage und die 30 Hellerzulage gestrichen und dafür eine Krone gewährt, außerdem eine Familienzulage von 5 K für die Frau und die Kinder. Den Aufsehern werden dieselben Lohnerhöhungen und eine kleine Aufbesserung gewährt. Der Wirtschaftler wird in Monatslohn gesetzt mit 340 K und 200 K Teuerungszulage und außerdem mit einer Familienzulage von 22 K für seine Frau und das unversorgte Kind. Die Lohnarbeiter- und -arbeiterinnen bekommen für den Sommer 80 h, und zwar 50 h Stundenlohn und 30 h Teuerungszulage, im Winter 30 h Stundenlohn und 30 h Teuerungszulage.

Ich möchte noch erwähnen, daß wir außerdem eine Besichtigung des Steinbruches und der Wirtschaft vorgenommen haben und eine technische Einrichtung des Betriebes planen. Der Steinbruch ist schon über 20 Jahre im Eigentum der Gemein-

und es muß endlich daran geschritten werden, ihn technisch auszugestalten. Er ist rein mittelalterlich geführt und hat nicht die geringste technische Einrichtung. Wir könnten bedeutend mehr heraus schlagen, wenn schon früher eine technische Einrichtung vorgenommen worden wäre. Heute kommt die Sache natürlich sehr teuer, aber sie muß gemacht werden, weil wir den Schotter sehr teuer von Privaten kaufen müssen und endlich aus dem Steinbruche heraus schlagen wollen, was herauszuschlagen ist. Ich bitte um die Annahme meines Antrages.

WB. Emmerling: Das Wort hat Herr **GR. Haider** pro.

GR. Haider: Wenn ich zum vorliegenden Abschlusse Stellung nehme, so muß ich vorausschicken, daß ich als Vertreter der Gemeinde an diesem Lohnabkommen beteiligt war und die Sache daher für mich einerseits als Vertreter der Gemeinde, andererseits auch als Vertreter der Arbeiterschaft ungemein schwierig war. Ich mache kurz darauf aufmerksam, daß sich die interessante Tatsache gezeigt hat, daß am 23. Februar 1919 zwischen der Gemeinde und Arbeiterschaft in Mauthausen ein ein ganzes Jahr gültiger Kollektivvertrag abgeschlossen wurde, und daß wir wohl hätten erwarten können, daß vor Ablauf dieses Kollektivvertrages — hier spreche ich als Vertreter der Gemeinde — die Arbeiterschaft mit neuen Lohnforderungen nicht herantreten wird. Ich betone aber ausdrücklich, obwohl ich diesen Standpunkt einnehme, daß ich andererseits auch zugeben muß, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse es wohl zulassen und begründet erscheinen lassen, daß die Arbeiterschaft der Steinbrüche von Mauthausen sich vor Ablauf des Kollektivvertrages mit neuen Forderungen an die Gemeindeverwaltung gewendet hat. Ich anerkenne vollständig die Berechtigung dieser Forderungen, jedoch nur insoweit — und da spreche ich offen als Vertreter der Arbeiterschaft — als sie von uns, als den Vertretern der Gemeinde Wien und der Arbeiterschaft als solchen, anerkannt wurden. Es hat schon der Herr Referent darauf verwiesen, daß die Forderungen, ich möchte fast sagen, die exorbitanten Forderungen, wirklich so umfangreicher Natur waren, daß es für uns recht schwierig war, bezüglich dieses Elaborates einen Ausweg zu finden. Wir haben, und das soll auch hier offen konstatiert werden, alles versucht, um das Interesse der Gemeinde Wien als Arbeitgeber einerseits zu wahren und sind andererseits der Arbeiterschaft, so weit als möglich, entgegengekommen. Ich mache weiters darauf aufmerksam, daß die Lebensbedingungen, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft in Mauthausen, im Vergleiche zu den Lebensbedingungen der Arbeiterschaft Wiens, um so vieles günstiger sind, daß die Forderungen der dortigen Arbeiterschaft uns nicht in einem derartigen Umfange hätten vorgelegt werden brauchen. Es hat vieler Mühe bedurft und besonders seitens des Herrn Kollegen Müller, die Leute davon zu überzeugen, daß es ein Ding der Unmöglichkeit ist, die Forderungen, wie sie uns vorgelegt wurden, zu bewilligen. Das Resultat dieser langwierigen Verhandlungen hatte das Ergebnis, welches uns heute im Vertrage vorliegt. Ich erkläre im vorhinein, daß es selbstverständlich erscheint, daß auch unsere Partei diesem Kollektivvertrage, diesen Lohnforderungen zustimmt. Beim Abschlusse des Kollektivvertrages hat sich noch etwas anderes gezeigt, und ich nehme dies zum Anlaß, diese Angelegenheit hier im Gemeinderate öffentlich zur Sprache zu bringen. Bekanntlich hat die Gemeindeverwaltung in Mauthausen große Wirtschaftsbefitzungen angekauft.

Wir haben Gelegenheit genommen oder es wurde uns Gelegenheit geboten, diese der Gemeinde Wien gehörigen wirtschaftlichen Anlagen, bestehend aus großen Bauerngütern, zu besichtigen. Ich kann nun nicht umhin hier zu erklären, daß, wenigstens soweit mein Verständnis in diesem Belange reicht, ich sagen muß, daß diese Wirtschaftsbefitzungen der Gemeinde Wien nichts weniger als ökonomisch und rationell bewirtschaftet werden. Wir haben Gelegenheit gehabt und Gelegenheit genommen, eine ganze Reihe von Bauernhöfen zu besichtigen und haben, besonders bei einem dieser Höfe, welcher mit großen Feldern und Wiesen umgeben ist, festgestellt, daß es dem Verwalter des Bauerngutes bis jetzt nicht gestattet war, eine rationelle Bewirtschaftung des Gutes im Interesse der Gemeinde, andererseits aber auch der Gemeindeangestellten zu betreiben. In dem großen Bauernhof dieses Gutes sind beispielsweise im ganzen 3 Stück Hühner herumgelaufen. Ich habe die Gelegenheit genommen, den Verwalter zu befragen, warum nicht mehr Hühner eingestellt sind, nachdem dort hinreichend Futter für viele Hühner vorhanden wäre. Ich bekam darauf die Antwort, daß es dem Verwalter des Bauerngutes nicht gestattet ist, mehr Hühner zu halten und auf meine Frage, die ihm kurios erschien: Warum? gab er zur Antwort, weil er, wenn man ihm als Arbeiter gestattet, mehr Hühner zu halten, von den übrigen Bediensteten beneidet werden würde. Aus diesem Konkurrenzneid heraus, ist man dazu gekommen, die Haltung einer größeren Menge von Hühner zu verweigern. Ich möchte weiter darauf aufmerksam machen, daß in jedem dieser Bauerngehöfte — die Kollegen Müller und Schorsch werden es bezeugen — die Möglichkeit vorhanden war, eine Reihe von Kühen und Schweinen zu halten, welche ebenfalls auch für die gesamte Beamtschaft und Arbeiterschaft die notwendigen Naturalien abwerfen würden. In diesen Bauerngehöften — wir haben uns davon überzeugt — sind eine ganze Reihe von Stallungen, in einem Bauernhof für fünf bis sechs Kühe, in anderen für noch viel mehr, ferner Schweineställe u. s. w., vorhanden. Es ist, glaube ich, unbedingt notwendig, daß zumindestens für die Zukunft dafür gesorgt wird, daß die der Gemeinde Wien gehörigen Wirtschaften rationell und ökonomisch verwaltet werden. Ich bin nun objektiv genug, zu sagen, daß man dem Bauamt der Stadt Wien einen Vorwurf daraus nicht machen kann und gehe so weit, daß ich der Meinung Ausdruck verleihe, daß es vielleicht an der richtigen Initiative seitens der Gemeindeverwaltung gefehlt habe. Wenn man eine ökonomischere Verwaltung einführen würde, könnte vielen Angestellten der Steinbrüche durch Ueberlassung von Naturalien wie Fleisch, Milch u. s. w. ein menschenwürdigeres Dasein geschaffen werden und es würde andererseits auch die Gemeindeverwaltung finanziell entlastet werden. Ich glaube daher resümierend sagen zu können, daß wir bei Beurteilung dieser wichtigen Frage dazukommen müssen, den Magistrat zu beauftragen, mit aller Beschleunigung eine Vorlage auszuarbeiten und sie dem Stadtrate und Gemeinderate vorzulegen, welche eine rationelle ökonomische Verwaltung der der Gemeinde Wien gehörigen Bauernwirtschaften in Mauthausen ermöglicht. Ich beantrage daher zu diesem Referate folgendes: Der Gemeinderat beschließt, das Bauamt der Stadt Wien hat unverzüglich eine Vorlage zwecks rationeller Bewirtschaftung der der Gemeinde Wien gehörigen landwirtschaftlichen Güter in Mauthausen auszuarbeiten und diese dem Stadtrate, respektive Gemeinderate zur Beschlußfassung vorzulegen.